

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Andrej Hunko, Ralph Lenkert, Ali Al-Dailami, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 20/3866 –**

### **Die Arktis als Schnittstelle der Klima-, Außen- und Sicherheitspolitik in Zeiten des Ukrainekriegs**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

„Die Klimakrise ist mittlerweile das größte Sicherheitsproblem für alle Menschen auf dieser Erde“, erklärte die Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, vor dem Beginn des Petersberger Klimadialogs (siehe „Baerbock nennt Klimakrise ‚größtes Sicherheitsproblem für alle Menschen‘“, in: RND am 18. Juli 2022). Kurz darauf äußerte sie sich in ihrer Rede zur Eröffnung des Petersberger Klimadialogs am 18. Juli 2022 wie folgt: „Für den Kampf gegen den Klimawandel setzen wir alle Hebel unserer Diplomatie in Bewegung.“ Die Fragestellerinnen und Fragesteller begrüßen explizit diese Positionierung der Bundesministerin, deren Ressort mit Beginn der Legislaturperiode die Steuerung und Koordination der internationalen Klimapolitik übernommen hat (<https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/lima/-/2542588>).

Eines der aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller wichtigsten Themen, das an der Schnittstelle der Klimapolitik einerseits und der Außen- bzw. Sicherheitspolitik andererseits liegt, ist die Arktis: „Die Arktis ist zu einer Schlüsselregion der Weltpolitik geworden. Ihre ökologische, ökonomische und politische Bedeutung für die internationale Gemeinschaft steigt stetig“ (siehe Vorbemerkung der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/15326). Dabei sah die (ehemalige) Bundesregierung „in der Arktis einen Brennpunkt des globalen Klimawandels, dessen Relevanz unter anderem aus wichtigen Kopplungsprozessen zwischen den Eismassen und Schneeflächen über Land und Meer mit Prozessen in Atmosphäre und Ozeanen resultiert“ (siehe die Antwort zu Frage 1 auf Bundestagsdrucksache 19/15326).

Der durch die Führung der Russischen Föderation gegen die Ukraine begonnene völkerrechtswidrige Krieg und, als Reaktion darauf, die schnellen massiven Sanktionen vieler Staaten hatten nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller direkte Folgen sowohl für die zivile Kooperation mit Russland im arktischen Raum als auch für die Gesamtsituation des Klimaschutzes und der Weltsicherheit.

In Skandinavien hat dieser Krieg intensive Diskussionen über die NATO ausgelöst. Im Mai dieses Jahres haben Schweden und Finnland NATO-Mitgliedschaft beantragt. Im Falle der Ratifikation des NATO-Beitritts der beiden nordischen Länder wäre Russland der letzte Anrainerstaat der Arktis, der nicht zur NATO gehört. Die gemeinsame Grenze zwischen der NATO und Russland würde somit um etwa 1 300 Kilometer verlängert (siehe „Neue Front in der Arktis“ in: Süddeutsche Zeitung, S. 1 am 14. Mai 2022). Russlands Präsident Wladimir Putin hat auf den geplanten Beitritt von Schweden und Finnland mit Warnungen reagiert (<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-reaktionen-105.html>). Als weiterer möglicher zukünftiger Brennpunkt wird Spitzbergen angesehen, „das Russland nur so lange als Teil Norwegens anerkennt, wie sie demilitarisiert bleiben“ (siehe „Mehr Eis, bitte!“ in: Die Tageszeitung, S. 10 am 21. Mai 2022).

Die Tätigkeit des Arktischen Rats ist seit dem Beginn des Ukraine-Kriegs eingestellt. Dabei ist er das einzige Forum aller acht arktischen Anrainerstaaten. Von 2021 bis 2023 hat Russland im Arktischen Rat den Vorsitz. Laut Medienberichterstattung sei vereinzelt bereits sogar von der „Arctic 7“ anstelle des Arktischen Rats die Rede (siehe „Eiskalte Stimmungslage“ in: Frankfurter Rundschau, S. 6 am 11. März 2022). Auch andere Arktisforen mit Russlands Mitgliedschaft wie zum Beispiel der Barentssee-Rat sollen aktuell sistiert sein (siehe „Plötzlich wieder allein am Rand der Welt“ in: Neue Zürcher Zeitung am 30. März 2022).

Bedauerliche Konsequenzen musste aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller unter anderem auch die deutsch-russische Zusammenarbeit im Wissenschaftsbereich tragen: „Bereits am Freitag [Anmerkung der Fragestellerinnen und Fragesteller: am 25. Februar 2022] hatte Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) Deutschlands Forschungsinstitute aufgefordert, alle laufenden und geplanten Projekte mit Russland auf Eis zu legen“ (siehe „Ein Krieg, der auch die Wissenschaft bedroht“ in: Zeit Online am 3. März 2022). Betroffen dadurch ist seitdem auch die Klimaforschung. Sie „bleibt von großer Infrastruktur abhängig, zum Beispiel die Datensammlung durch Stationen in Sibirien. Internationale Forschungsprogramme in der Arktis sind sowohl abhängig von staatlichen Investitionen in Infrastruktur als auch von russischer Beteiligung wegen der geografischen Lage“ („Die Position: Forscher sind keine Missionare“ in: Die Zeit, S. 32 am 28. Juli 2022).

Ein konkretes und nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller dramatisches Beispiel dafür stellt die Aussetzung der Kooperation beim Zotto-Projekt dar. Der Messturm Zotto befindet sich in Sibirien und wird von Deutschland sowie Russland gemeinsam betrieben. Mit seiner Hilfe werden die Wechselwirkungen zwischen Treibhausgasen und dem Klimawandel erforscht. Mit Sorge äußerte sich Martin Stratmann, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, zu dieser Entwicklung (siehe „Ein Krieg, der auch die Wissenschaft bedroht“ in: Zeit Online am 3. März 2022): „Am teuersten für die Menschheit wird es, wenn wir die Klimaforschung in den Sand setzten. Und für die spielt Russland eine essenzielle Rolle.“ Auch Antje Boetius, Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts (AWI), bestätigt Russlands Relevanz für die Klimaforschung (ebd.): „Für die Forschung zu Klima- und Biodiversität ist es allerdings essenziell, dass es auch aus dem russischen Teil der Arktis Daten gibt und wir dort arbeiten dürfen.“ Die AWI-Leiterin betont weiter: „Gerade die sibirische Arktis mit ihren Hitzewellen im Sommer ist die Region, wo wir hinschauen müssen“ (siehe „Russland-Sanktionen treffen die Klimaforschung hart“ in: Hamburger Abendblatt, S. 14 am 23. März 2022). Es sei angemerkt, dass das AWI seit mehreren Jahren zusammen mit der russischen Seite eine Forschungsstation in Sibirien auf der Insel Samoillow nutzt. Ihr Zweck ist die Erfassung von Folgen der Erderwärmung für den Permafrost und die Natur. Ebenfalls betonen Malte Albrecht, Politikwissenschaftler und Vorsitzender der Initiative „Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit“ (NatWiss e. V.), sowie Jürgen Scheffran, Professor für Geographie an der Universität Hamburg und Mitglied von NatWiss, Russlands Rolle für die Klimaforschung in ihrem Artikel „Wie kann die Wissenschaft noch mit Russland kooperieren?“ (Frankfurter Rundschau, S. 5 am 22. Juli 2022): „Die Erkenntnisse des Weltklima-

rates wären ohne die Beiträge russischer Forschung so nicht möglich. Ohne sie fehlt uns das Verständnis über den Einfluss der Arktis und die Freisetzung von Treibhausgasen aus sibirischen Böden auf das globale Klimasystem und seine Kippunkte.“

Nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller ist der Klimawandel tatsächlich das größte Sicherheitsproblem für die ganze Menschheit. Deswegen sollen alle Instrumente der Diplomatie dringend dazu genutzt werden, um die Klimakrise zu überwinden. In diesem Sinne schließen sich die Fragestellerinnen und Fragesteller den oben erwähnten Äußerungen der deutschen Bundesaußenministerin an. Ein effizienter Kampf gegen den Klimawandel ist jedoch offensichtlich nur in Kooperation mit der Russischen Föderation möglich, und man benötigt dafür aus Sicht der Fragestellerinnen und Fragesteller die Wiederaufnahme des Dialogs mit Russland einerseits als dem viertgrößten CO<sub>2</sub>-Emittenten weltweit und andererseits als dem größten Arktisanrainer, zumindest in Fragen der Arktispolitik und somit auch der Klima- und Sicherheitspolitik.

### Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Arktis ist eine Schlüsselregion der Weltpolitik (vgl. Antwort auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/15326). Der Wandel in der Region beschleunigt sich, ihre Bedeutung für die internationale Gemeinschaft durch Klimaerwärmung, beschleunigte Eisschmelze und Auftauen der Permafrostböden mit Auswirkungen auf das Erreichen der Kippunkte des globalen Klimaregimes wächst stetig. Die Bundesregierung setzt sich gemeinsam mit Partnern weltweit dafür ein, im und für den arktischen Raum auf einen effektiven Klimaschutz im Einklang mit dem Übereinkommen von Paris hinzuwirken. Die Bundesregierung engagiert sich für den Erhalt und Ausbau einer freien und verantwortungsvollen Forschung in der Arktis in der Überzeugung, dass die dort gewonnenen Erkenntnisse grundlegend für klima- und umweltpolitisches Handeln weltweit und die zeitnahe Ergreifung von notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Klimas und zur Klimaanpassung sind.

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine unterminiert die Grundlagen des Völkerrechts und der friedlichen Kooperation von Staaten. Er ist ein Angriff auf elementare Werte der Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung, die auch die Basis für Wissenschaftsfreiheit und wissenschaftliche Kooperationsmöglichkeiten bilden. Er macht Kooperation mit Russland derzeit unmöglich, auch mit Blick auf eine freie und verantwortungsvolle Forschung in der Arktis.

Die Bundesregierung hat auf das russische Vorgehen entschieden reagiert und eine grundlegende Änderung ihrer Kooperationspolitik mit Blick auf Russland auf den Weg gebracht. National und international bleibt es Ziel, der russischen Regierung die Kosten ihres Handelns aufzuzeigen und diese soweit wie möglich zu isolieren.

Die Bundesregierung hat daher unter Wahrung rechtlicher Rahmenbedingungen wissenschaftliche Kooperationen mit staatlichen Institutionen und Wirtschaftsunternehmen in Russland bis auf Weiteres eingefroren. Mit deutschen Forschungsgeldern finden aktuell keine gemeinsamen wissenschaftlichen und forschungspolitischen Veranstaltungen mit russischen staatlichen Einrichtungen statt. Neue Kooperationsprojekte werden derzeit nicht initiiert. Ebenso haben deutsche Hochschulen und Forschungs- und Mittlerorganisationen Kooperationsvereinbarungen und die institutionelle Zusammenarbeit mit russischen Partnern im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ausgesetzt.

Der Arktische Rat, dessen Mitglied Russland weiterhin ist, hat seine Tätigkeit zunächst eingestellt. Sieben der acht Mitglieder haben unmittelbar nach Beginn des russischen Angriffskriegs erklärt, dass die Grundprinzipien der Souveränität und der territorialen Integrität seit langem die Grundlage für die Arbeit des Arktischen Rates bilden. Im Lichte der offenkundigen Verletzung dieser Prinzipien pausieren die Mitglieder des Arktischen Rates die Teilnahme an allen Treffen des Rates und seiner nachgeordneten Gremien.

1. Mit welchen finanziellen Mitteln wurde das AWI seit 2019 durch die Bundesregierung gefördert (bitte nach Jahren aufschlüsseln; siehe dazu die Antwort zu Frage 32 auf Bundestagsdrucksache 19/15326)?

Im Rahmen der institutionellen Förderung aus 3004 Tgr. 70 Erl. Ziff. 1 wurden für das Alfred-Wegener-Institut (AWI) folgende Bundesmittel zugewendet:

2019	133.174.041 Euro
2020	143.607.000 Euro
2021	141.171.400 Euro
2022	146.498.000 Euro

Im Rahmen der Drittmittelförderung im Bereich Arktisforschung wurden aus den Titeln 3004/685 44 und 3004/894 40 an das AWI folgende Bundesmittel zugewendet:

2019	1.684.926 Euro
2020	1.709.767 Euro
2021	1.854.785 Euro
2022	6.329.679 Euro

2. Welche bilateralen Arktisforschungsprojekte mit den Mitgliedstaaten des Arktischen Rates fördert die Bundesregierung seit 2019 (bitte nach einzelnen Staaten, Jahren und Umfang der Förderung aufschlüsseln; siehe dazu die Antwort zu Frage 39 auf Bundestagsdrucksache 19/15326)?

Russland: Die Bundesregierung förderte im Rahmen der Wissenschaftlich-Technischen Zusammenarbeit (WTZ) mit Russland den Bereich Klimaforschung in der Arktis an inländische Zuwendungsempfänger mit Mitteln in Höhe von:

2019	2.261.048 Euro
2020	2.063.411 Euro
2021	1.804.505 Euro
2022	160.190 Euro

Kanada: Die Bundesregierung fördert das Projekt UnderCoverEisAgenten teilweise in Kanada und in Zusammenarbeit mit kanadischen Partnern mit folgenden Jahrestanchen:

2021	44.828 Euro
2022	168.588 Euro

Dänemark: Das Verbundprojekt MOMENT wurde von der russischen Kooperation entkoppelt und mit Dänemark als neuem Partner aus folgenden Bundesmitteln finanziert:

2022 53.621 Euro

Darüber hinaus hat die Bundesregierung im Bezugszeitraum keine bilateralen Arktisforschungsprojekte mit den Mitgliedstaaten des Arktischen Rates gefördert.

3. Welche bilateralen Arktisforschungsprojekte mit den Beobachterstaaten des Arktischen Rates fördert die Bundesregierung seit 2019 (bitte nach einzelnen Staaten, Jahren und Umfang der Förderung aufschlüsseln; siehe dazu die Antwort zu Frage 42 auf Bundestagsdrucksache 19/15326)?

Großbritannien: Die Bundesregierung hat im Rahmen der Fördermaßnahme „Changing Arctic Ocean“ gemeinsame Projekte mit Großbritannien mit folgenden Mitteln gefördert:

2019 715.321 Euro

2020 720.663 Euro

2021 462.946 Euro

2022 209.938 Euro

China: Die Bundesregierung hat im Rahmen der WTZ mit China ein Vorhaben zum Nord-Pazifik im Klimawandel während des Quartärs gefördert:

2019 129.435 Euro

2020 91.247 Euro

2021 32.729 Euro

2022 0 Euro

Derzeit werden durch die Bundesregierung keine Arktisforschungsprojekte gemeinsam mit Beobachterstaaten des Arktischen Rates gefördert.

4. Inwiefern betrachtet die Bundesregierung die Tätigkeit der deutschen Seite im Arktischen Rat als Beobachterstaat seit der Anfang März 2022 angekündigten Einstellung der Arbeit des Forums als beeinträchtigt, und in welchem Umfang ist Deutschland in die im Juni 2022 angekündigte Teilwiederaufnahme der Aktivitäten unter Ausschluss der Russischen Föderation (<https://www.deutschlandfunk.de/newsblog-russland-ukraine-konflikt-150.html>) ggf. eingebunden?

Es wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen. Deutschland nimmt als Beobachter an allen Arbeitsgruppen, Expertengruppen und Task Forces des Arktischen Rates teil. Deutschland ist auch in die seit Juni 2022 mögliche Wiederaufnahme von Projekten, an denen die Russische Föderation nicht beteiligt ist, eingebunden. Entsprechend konnte mit deutscher Beteiligung im Oktober dieses Jahres ein ausgewähltes Projekt zu Methanflüssen aus Permafrostregionen, an dem Russland nicht teilgenommen hat, in Kooperation mit Dänemark umgesetzt werden.

5. Hat die Bundesregierung Russlands Beitrag zur MOSAiC-Expedition 2019/2020 evaluiert, und wenn ja, zu welchem Ergebnis ist sie gekommen, und wenn nein, warum nicht (siehe Bundesbericht Forschung und Innovation 2022, Bundestagsdrucksache 20/2400, S. 226)?

Die einjährige MOSAiC-Expedition wurde unter Federführung des Alfred-Wegener-Instituts durchgeführt. Die Expeditionsergebnisse werden derzeit durch alle Expeditionsteilnehmerinnen und Expeditionsteilnehmer ausgewertet. Eine ex-post Evaluation durch die Bundesregierung hat aus diesem Grund nicht stattgefunden.

6. Welche konkreten gemeinsamen deutsch-russischen Projekte mit Bezug auf die Arktis sind seit dem 24. Februar 2022 eingestellt worden (bitte die Projekte und Kooperationspartner auf deutscher sowie russischer Seite auflisten)?

Die von der Bundesregierung geförderten bilateralen Arktisprojekte mit Russland sind am 31. Dezember 2021 planmäßig ausgelaufen.

Folgende geplante gemeinsame deutsch-russische Forschungsprojekte des Bundesministeriums für Bildung und Forschung zur Arktisforschung, die am 1. August 2022 starten sollten, wurden eingefroren:

(i) ICELESS – Impact of climatic and environmental changes on Arctic lake ecosystem services (coordinating institutions: University of Cologne & Saint-Petersburg State University; Partner: University of Giessen, University of Kiel, University of Berlin, Herzen State Pedagogical University of Russia, Siberian Branch of the Russian Academy of Sciences, Nowosibirsk)

(ii) ORCA4C – Observation-based surface Radiation and Clouds over the Atlantic – Centennial Changes and role in variability and Change of Climate (coordinating institutions: Leibniz Institute for Tropospheric Research & The Shirshov Institute of Oceanology of the Russian Academy of Sciences; Partner: University of Leipzig)

(iii) MOMENT – Moving Russian-German permafrost methane research towards integrated ecosystem observation and modelling (coordinating institutions: University of Hamburg & Moscow Lomonosov State University; Partner: Alfred Wegener Institute, Helmholtz Centre for Polar and Marine Research, Helmholtz Centre Potsdam GFZ German Research Centre for Geosciences, University of Hannover, University of Cologne – Marchuk Institute of Numerical Mathematics (INM RAS), Saint-Petersburg State University (SPSU), Arctic and Antarctic Research Institute (AARI), Permafrost Institute (MPI SB RAS), Institute of Physicochemical and Biological Problems in Soil Science (ISSP RAS), Obukhov Institute of Atmospheric Physics (IAP RAS), Central Siberian Botanical Garden Novosibirsk (CSBG SB RAS), Institute of Soil Science and Agrochemistry (ISSA SB RAS), Institute of Ecology and Evolution (IEE RAS), Northern Water Problems Institute Karelian Scientific Center (NWPI RAS), Institute of Petroleum Geology and Geophysics (IPGG SB RAS), Institute of Geology and Mineralogy (IGM SB RAS), Institute of Earth Cryosphere Tyumen Scientific Centre (ECI SB RAS).

7. Warum wird der russische Überfall auf die Ukraine als Begründung herangezogen, um die Einstellung oder Reduzierung so zentraler ziviler Forschungsprojekte wie der Erforschung des Klimawandels zu rechtfertigen?

Mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich Russland als Partner diskreditiert. Eine Zäsur in allen Bereichen der Zusammenarbeit ist deshalb auch in den Bereichen erforderlich, in denen bisher Interesse an Austausch bestand. Auch wenn bisherige Partnerschaften, insbesondere mit staatlichen oder staatsnahen Stellen in Russland, eingestellt oder eingefroren wurden, mindert dies nicht das grundsätzliche Interesse und die Unterstützung der Bundesregierung für zentrale zivile Forschungsprojekte, auch in Bezug auf den Klimawandel. Womöglich werden deswegen Formate an die neue Situation angepasst und Partnerschaften auf zivilgesellschaftlicher Ebene aufgebaut.

8. Inwiefern kann die deutsch-russische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Klimaforschung nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell fortgesetzt werden?

Die Bundesregierung hat die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit Russland bis auf Weiteres eingestellt. Auf die Vorbemerkung und Antwort zu Frage 7 wird verwiesen.

- a) Verfügt die Bundesregierung über Pläne zur Wiederaufnahme der Nutzung des Messturms Zotto?
- b) Erhält die deutsche Seite nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell Messdaten über den Messturm Zotto?

Die Fragen 8a und 8b werden zusammen beantwortet.

Die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) auf der deutschen Seite hat die wissenschaftliche Kooperation mit Russland beim Messturm ZOTTO (Zotino Tall Tower Observatory) als Folge des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine angehalten. Wartungsarbeiten durch die MPG ruhen seitdem und Messergebnisse werden nicht abgerufen. Die MPG hat bereits seit langem geplant, den Turm Ende 2022 an Russland zu übergeben.

- c) Plant das AWI nach Kenntnis der Bundesregierung, die Nutzung der Forschungsstation auf der Insel Samoillow wiederaufzunehmen?

Derzeit hat das AWI nach Kenntnis der Bundesregierung keine Pläne, die Nutzung wiederaufzunehmen.

- d) Welche Projekte der deutsch-russischen Klimaforschung werden aktuell oder sollen nach Ansicht der Bundesregierung fortgesetzt werden?

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen.

9. Welche konkreten Regelungen zur weiteren wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit der russischen Seite sind von der Bundesregierung getroffen worden (siehe „Russland-Sanktionen treffen die Klimaforschung hart“ in: Hamburger Abendblatt, S. 14 am 23. März 2022)?

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen.

10. Welche Projekte dürfen dementsprechend (siehe Frage 9) fortgesetzt werden (ebd.; bitte die Projekte auflisten)?

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen.

11. Gelingt es den Forschenden des AWI nach Kenntnis der Bundesregierung aktuell, in Sibirien Langzeitmessungen durchzuführen, und wenn ja, inwiefern?

Auf der Insel Samoylov, angeschlossen an die dortige Forschungsstation, sind nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit noch automatische Langzeitmessgeräte in Betrieb, die durch das AWI oder unter seiner Mitwirkung vor Kriegsbeginn installiert wurden. Das AWI ist an der laufenden Datenerhebung nicht mehr beteiligt.

12. Konnten die von der AWI-Leiterin erwähnten Messgeräte in Sibirien nach Kenntnis der Bundesregierung ausgetauscht werden (siehe „Russland-Sanktionen treffen die Klimaforschung hart“ in: Hamburger Abendblatt, S. 14 am 23. März 2022)?

Die erwähnten Messgeräte konnten nach Kenntnis der Bundesregierung nicht ausgetauscht werden. Mit Kriegsbeginn wurde das Versenden von Expeditions- und Gerätefracht vom AWI nach Russland gestoppt und es sind keine Reisen von deutschem und internationalem wissenschaftlichem und technischem Personal erfolgt.

13. Welche Auswirkungen für die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Klimaforschung haben nach Kenntnis der Bundesregierung die geplanten Kürzungen für die Budgets solcher Organisationen wie DAAD (Deutscher Akademischer Austauschdienst) oder Alexander von Humboldt-Stiftung ggf., insbesondere für die Vergabe solcher Stipendien wie zum Beispiel „Internationales Klimaschutzstipendium“; vgl. <https://www.forschung-und-lehre.de/politik/fachverbaende-kritisieren-kuerzung-en-des-bundes-5017/>?

Die Bundesregierung ist überzeugt, dass den Mittlerorganisationen wie dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und der Alexander von Humboldt-Stiftung ausreichende Mittel bereitstehen, um weiterhin ihre wichtige Rolle in der internationalen wissenschaftlichen Kooperation, auch im Klimabereich, wahrzunehmen. Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung zu Frage 13 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. auf Bundestagsdrucksache 20/3187 verwiesen.

14. Führt die Bundesregierung Gespräche über eine weitere Zusammenarbeit in der Klimaforschung mit Russland (Antwort bitte begründen)?

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen.

15. Soll nach Ansicht der Bundesregierung die Zusammenarbeit in der Klimaforschung explizit von Sanktionen ausgenommen werden (Antwort bitte begründen)?

Die von den 27 EU-Mitgliedstaaten einstimmig beschlossenen EU-Sanktionsmaßnahmen gegen Russland beinhalten keine grundsätzlichen Verbote zur wis-



senschaftlichen Zusammenarbeit im Klima- und Umweltbereich, untersagen im Kontext Forschung und Innovation aber eine mittelbare und unmittelbare Unterstützung in Russland niedergelassener juristischer Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die sich zu über 50 Prozent in öffentlicher Inhaberschaft oder unter öffentlicher Kontrolle befinden. Eine Ausnahmeregelung zur Unterstützung solcher staatlicher bzw. staatlich kontrollierter Akteure erscheint aus Sicht der Bundesregierung vor diesem Hintergrund nicht zielführend.

16. Wird die Bundesregierung sich künftig stärker engagieren, Forschungs-kooperationen im arktischen Raum mit anderen Ländern zu intensivieren, explizit auch mit China (wenn ja, bitte nach geplanten Projekten und involvierten Ländern aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung ist offen für eine Intensivierung der Forschungs-kooperation zur Arktis- und Klimaforschung mit den anderen Mitgliedstaaten des Arktischen Rates sowie mit Beobachterstaaten des Arktischen Rates, wie zum Beispiel dem Vereinigten Königreich.

17. Plant die Bundesregierung, auf der UN-Klimakonferenz in Scharm asch-Schaich (COP 27) sowie auf dem G20-Gipfel auf Bali im November 2022 die Gelegenheit zu nutzen, um gegenüber der russischen Seite die Zusammenarbeit auf dem klimapolitischen Gebiet und die mit der ausgesetzten Kooperation im arktischen Raum zusammenhängenden Probleme zu thematisieren?

Die Bundesregierung plant im Zuge von COP27 oder dem G20-Gipfel derzeit keine bilateralen Gespräche mit Russland.





